

Klima: „Lackmustest“ für Schwarz-Rot

CDU will Mix aus höherer CO2-Bepreisung, Zertifikatehandel, Strompreisentlastung und Förderanreizen

Klimaschutz ist zwar nicht zum Nulltarif zu haben – eine soziale Abfederung soll es aber geben. Eine große Herausforderung für die Koalition. Nun zeichnet sich deutlich ab, was die Union will.

von Andreas Hoenig,
Jörg Blank und Ruppert Mayr

Berlin. Die Union setzt für mehr Klimaschutz auf einen nationalen Emissionshandel beim Verkehr und beim Heizen – will dafür aber Pendler entlasten. Sie strebt außerdem Schritte gegen Dumping-Flugpreise und zur Senkung der Strompreise an. Bahnfahrten und der öffentliche Nahverkehr sollen attraktiver werden, damit mehr Menschen vom Auto umsteigen. Die CSU im Bundestag spricht sich in einem Papier für einen „gesellschaftlichen Klimapakt“ aus. Die CDU diskutierte in einem „Werkstattgespräch“ über Klimaschutz. Zweieinhalb Wochen vor weitreichenden Entscheidungen des Klimakabinetts werden die Pläne der Union damit konkreter.

Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) verteidigte die von ihm vorgeschlagenen Beiträge zu einem Gesamtkonzept gegen Kritik etwa aus dem SPD-geführten Umweltressort. Das Ressort sei bei der Entwicklung der Vorschläge seines Ministeriums in verschiedenen Entscheidungskreisen dabei gewesen, sagte Scheuer am Rande der Klausurtagung. Das Ministerium von Svenja Schulze (SPD) habe diesen Maßnahmen und deren Wirkung sogar zugestimmt, hinterfrage diese aber nur plötzliche. „Das ist neu.“

Die CDU-Spitze setzt in einem internen Arbeitspapier auf einen Mix aus höherer Be-



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble spricht bei seinem Impulsvortrag zur Einführung des „CDU-Werkstattgesprächs“ zum Thema Klimaschutz. Foto: Michael Kapperle

preisung über einen Zertifikatehandel, Entlastungen etwa bei den Strompreisen sowie Förderanreize. CDU und CSU wollen keine, das am 20. September berät, ein gemeinsames Konzept vorlegen.

CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer sieht den Klimaschutz als eines der wichtigsten Themen der kommenden Jahrzehnte in Deutschland und Europa. Dabei sei die nachhaltige Bewahrung der Schöpfung, der Klimaschutz, nicht nur ein Thema der Grünen, sondern liege in der DNA der CDU, sagte Kramp-Karrenbauer gestern in Berlin zum Abschluss des „Werkstattgesprächs“. Es müsse sichergestellt werden, dass nicht in jeder neuen Legislatur-

periode mit neuen politischen Rahmenbedingungen alles wieder in Frage gestellt werden könne. Daher sei ein nationaler Klimakonsens nötig. Die CSU-Bundestagsabgeordneten wollen mit einer nationalen Vorräterolle beim Emissionshandel in Verkehrs- und Gebäudebereich sowie einem Bündel aus Anreizen und Investitionen für einen besseren Klimaschutz in Deutschland sorgen. Die CSU setze sich für eine Politik ein, die „die Klimaziele 2030 erfüllt, die Schwarze Null hält und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärkt“, heißt es in dem Klimaschutz-Konzept, das die CSU-Landesgruppe gestern bei einer Klausurtagung in Berlin bei drei Gegenstimmen verabschiedete. Unionsfraktions-

chef Andreas Jung unterstrich, dass die Einnahmen über eine CO2-Bepreisung Bürgern und Betrieben vollständig zurückgegeben werden sollten. Jung sprach sich für einen schnellen Einstieg in den Emissionshandel aus. Offen blieb in den Werkstattgesprächen, ob die CDU, wie aus der CSU vorgeschlagen, einen Aufschlag auf Billigflüge guthieß. Kramp-Karrenbauer sagte, CDU und CSU gingen in enger Abstimmung vor, seien aber nicht in jedem Punkt gleicher Meinung. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt bezeichnete das Zustandekommen eines Klimapakts mit der SPD als „Lackmustest“ für die schwarz-rote Koalition. „Nur wenn wir das erfolgreich hinbekommen, hat die

große Koalition eine Chance auf mehr Zustimmung und kann ihre Handlungsfähigkeit zeigen“, sagte Dobrindt bei der Klausur der Landesgruppe, wie die dpa aus Teilnehmerkreisen erfuhr. Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) hatte den Fortbestand der Koalition mit Fortschritten in der Klimapolitik verknüpft.

Im sogenannten Klimakabinetts der Bundesregierung liegt eine Reihe von Vorschlägen auf dem Tisch, damit Deutschland beim Einsparen des klimaschädlichen Treibhausgases CO2 schneller vorankommt. Das Klimakabinetts soll Beschlüsse fassen, das mit Deutschland sein Klimaschutz-Ziel für 2030 – 55 Prozent weniger Treibhausgas-Ausstoß als 1990 – sicher erreicht. Derzeit reißt Deutschland sowohl eigene als auch international verbindliche Ziele im Kampf gegen die Erderwärmung.

Über den Weg zur CO2-Einsparung gibt es unterschiedliche Auffassungen in der Koalition. Umweltministerin Schulze will keinen Emissionshandel, sondern eine Erhöhung der Energiesteuern für Spirit, Heizöl und Benzin – die Einnahmen will sie den Bürgern über eine Kopfpauschale zurückzahlen. Die CSU dagegen will fossile Kraftstoffe wie Kohle, Öl und Gas über einen nationalen Handel mit CO2-Verschmutzungsrechten auch im Verkehr und bei Gebäuden teurer machen.

Auf EU-Ebene müssen Energiewirtschaft und Teile der Industrie bereits Zertifikate erwerben für jede Tonne CO2, die sie ausstoßen. Die Zahl dieser Zertifikate ist begrenzt, um den Treibhausgas-Ausstoß zu kappen, einen Höchstpreis gibt es aber nicht. Die CSU will auf nationaler Ebene eine Obergrenze für den Preis der Zertifikate. Wenn alle betroffenen Unternehmen den Höchstpreis bieten, sollen die Zertifikate Auktionsprojekte finanzieren.